

Friedensinitiative Kashmir

von Theo Ebbers

Das 'International Centre for Peace Initiatives' (ICPI) aus Bombay lud zu einem Seminar, in dem Vertreter aller großen Parteien Auswege aus der Kashmirkrise diskutierten. Anlaß des Seminars war die Vorstellung eines Berichtes der Organisation über die aktuelle Situation in Kashmir. Die ICPI-Delegation, die im Juni Kashmir besuchte, traf in Srinagar nicht nur Vertreter verschiedener politischer Organisationen, wie Yaseen Malik, den Vorsitzenden der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) und Shabir Shah, den Präsidenten der 'Peoples League', sondern auch eine Vielzahl von Bürgern sowie Unterstützer und Angehörige unterschiedlichster militanter Organisationen. Der von Sundeep Waslekar, dem Delegationsleiter, vorgestellte Bericht enthält zwar keine neuen Aspekte und Informationen, die zu einer schnellen und einfachen Lösung des Konfliktes beitragen könnten, doch macht er wieder einmal deutlich, daß die Mehrheit der kashmirischen Bevölkerung sich nichts sehnlicher wünscht als ein Ende der bewaffneten Auseinandersetzungen, die vorsichtigen Schätzungen zufolge bisher mehr als 13.000 Todesopfer gefordert haben. Indem er auf den wachsenden militärischen Einfluß ausländischer Söldnertruppen hinweist, scheint der Bericht zwar vor allem die offizielle Sichtweise der indischen Regierung wiederzuspiegeln, doch macht er auch deutlich, daß die einheimischen Gruppierungen mehr und mehr die Kontrolle und Kommandogewalt über ihre vormaligen Unterstützer aus Pakistan und Afghanistan verlieren. Scharf greift der Bericht die mangelnde Bereitschaft zu politischen Gesprächen an. Eine Lösung des Kashmirproblems, die sowohl von der indischen als auch von der pakistanischen Öffentlichkeit akzeptiert werden kann und gleichzeitig die Hoffnungen und Wünsche der Kashmiris erfüllt, kann nur durch politische Verhandlungen zwischen Indien, Pakistan und der 'Hurriyat'-Konferenz gefunden werden. Doch die im Januar 1994 aufgenommenen Gespräche zwischen Pakistan und Indien sind zu einem absoluten Stillstand gekommen, die 'Hurriyat'-Konferenz ist nicht zu Gesprächen mit Indien bereit und Indien lehnt trilaterale Verhandlungen strikt ab.

Die bei der Vorstellung des Berichtes

anwesenden Politiker, darunter politische Größen wie Murli Manohar Joshi von der BJP, Surjeet Singh von der CPI und Mani Shankar Aiyar von der 'Congress'-Partei, befanden sich offenbar schon im Wahlkampf zu den nächsten Parlamentswahlen und ergingen sich in gegenseitigen Vorwürfen, an einer Lösung des Kashmirkonfliktes nicht interessiert zu sein. BJP-Vertreter Joshi verwies auf das Schicksal der Hindu-Pandits, Singh und Shankar Ayer warfen der BJP vor, den Kashmirkonflikt zu kommunalisieren. Nahezu einig war man sich lediglich in der Beschuldigung der USA (nicht Pakistans!!!), wesentlich für die Entstehung des Konfliktes verantwortlich zu sein. Angesichts dieser mangelnden Diskussionsbereitschaft, der ideologischen Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien und des Mißbrauchs des Kashmirkonfliktes zu Wahlkampfzwecken, muß die Frage gestellt werden, wer, außer der Zivilbevölkerung in Kashmir, wirklich an einer dauerhaften Lösung des Problems und damit an Frieden interessiert ist.

Unterdessen haben Erklärungen aus den Reihen der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) und jüngste Bombenanschläge in Srinagar verdeutlicht, daß sich die Spirale der Gewalt in Kashmir weiter drehen wird. In der ersten Septemberwoche explodierte vor einer Zweigstelle der 'State Bank of India' eine Autobombe, die 14 Menschenleben forderte. Die 'Hizb-ul Mujaheddin', die bisher die Ziele für ihre Anschläge sorgfältig auswählte, um zivile Opfer zu vermeiden, hat für diesen Anschlag die Verantwortung übernommen. Drei Tage später wurde das BBC-Büro in Kashmir zum Ziel für einen Bombenanschlag. Beim Öffnen einer Paketbombe, wurde Pressephotograph Mushtaq Ali so schwer verletzt, daß er zwei Tage darauf seinen Verletzungen erlag.

Knapp zwei Wochen nach diesen Vorfällen drohte die 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF) damit, den bewaffneten Kampf gegen die indischen Besatzungstruppen in Kashmir wieder aufzunehmen. Auf einer Pressekonferenz Ende September kündigte der militärische Kommandant der JKLF, Rafiq Ahmad Dar, die Aufhebung des von seiner Organisation verkündeten Waffenstillstands an. "Der von uns verkündete

Waffenstillstand hat leider keinerlei Beitrag zu einer politischen Lösung des Kashmirkonfliktes geführt. Wir werden daher zu gegebener Zeit den bewaffneten Kampf für ein freies und unabhängiges Kashmir wieder aufnehmen." Dar warf der indischen Regierung vor, auf den von der JKLF einseitig eingehaltenen Waffenstillstand, nicht eingegangen zu sein und sich nicht um Friedensgespräche bemüht zu haben. Er warnte vor allem die gemäßigeren Elemente in seiner eigenen Organisation vor einer Zusammenarbeit mit der indischen Regierung und drohte allen 'Verrätern' mit ernstesten Konsequenzen für den Fall "einer Kollaboration mit der indischen Besatzungsmacht".

Diese Warnung richtet sich wohl auch vor allem an jene Kräfte, die sich mit dem Gedanken tragen, sich an den von der Zentralregierung in Delhi angekündigten Wahlen zu beteiligen. Delhi hofft offenbar, mit einer solchen Wahl, die spätestens zusammen mit den im nächsten Jahr fälligen gesamtindischen Wahlen stattfinden soll, einer Lösung des Konfliktes näher zu kommen. Eine Hoffnung, die sich wohl kaum erfüllen wird, wie jüngste Meinungsumfragen im Kashmir zeigen. Dabei gaben über 80 Prozent der Befragten an, daß solche 'freien und fairen Wahlen', wie sie von Delhi favorisiert werden, in keiner Weise zu einer Lösung des Kashmirproblems beitragen werden. 77 Prozent sehen eine solche Lösung auf keinen Fall innerhalb der indischen Verfassung und befürworten die völlige Unabhängigkeit Kashmirs, während 19 Prozent einen Anschluß an Pakistan anstreben, wie das neue indische Nachrichtenmagazin 'Outlook' in seiner Ausgabe vom 25. Oktober schrieb.